

B e s c h l u s s v o r l a g e

für den

öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Ausschuss für Planung und Verkehr	07.11.2022	Kenntnisnahme

Tagesordnungs- Punkt	Haushaltsplan-Entwurf 2023/2024
---------------------------------	--

Beschlussvorschlag:**Der Beschluss ergibt sich aus den Beratungen.****Vorbemerkungen:**

Um eine nachhaltige und funktionierende Mobilitätsentwicklung zu fördern, haben die Bundesstadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam das Programm „JOBWÄRTS einfach.besser.pendeln“ aufgelegt. Durch Vermeidung, Verlagerung und verträgliche Abwicklung von Verkehr sollen Verkehrsstaus reduziert und die Umwelt entlastet werden. Zielgruppe und die wichtigsten Partner von JOBWÄRTS sind die Arbeitgebenden sowie die Berufspendlerinnen und Berufspendler aus der Region Bonn-Rhein/Sieg.

Das Programm wurde im Sommer 2019 begonnen und bis zum 30.06.2021 vom Bund mit 95% gefördert. Gem. Kreistagsbeschluss vom 23.06.2020 ist die Verwaltung beauftragt, das Programm JOBWÄRTS gemeinsam mit der Bundesstadt Bonn zunächst bis Ende 2022 fortzuführen. Entsprechende Haushaltsmittel stehen im Haushalt 2021/22 zur Verfügung.

Im Ausschuss für Planung und Verkehr wurde über das Programm regelmäßig und ausführlich berichtet, zuletzt in dessen Sitzungen am 17.03.2022 und 24.05.2022. Der

JOBWÄRTSreport 2019-2021 wurde als Tischvorlage zur Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg am 23.08.2022 verteilt. Im Entwurf des Haushalts 2023/24 für den Rhein-Sieg-Kreis ist auf Vorschlag der Verwaltung für die Fortsetzung von JOBWÄRTS im Ergebnisplan unter 0.04.10 für das Jahr 2023 ein Ansatz von 530.000 € und für 2024 ein Ansatz 431.000 € enthalten.

Der Rat der Bundesstadt Bonn hat am 09.06.2022 beschlossen, das Programm JOBWÄRTS bis Ende 2024 fortzusetzen, sofern der Rhein-Sieg-Kreis weiterhin mit 50% zur Finanzierung beiträgt.

Erläuterungen:

Aus Sicht der Verwaltung entwickelt sich das JOBWÄRTS-Programm immer mehr zu einem Erfolgsmodell und sollte ein unverzichtbarer Bestandteil der Mobilitätsstrategie des Rhein-Sieg-Kreises werden. Das betriebliche Mobilitätsmanagement soll und wird in Deutschland einen immer größeren Beitrag zur Verkehrswende leisten müssen. Bereits im Jahr 2018 hat die Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) die „Empfehlungen zur Anwendung von Mobilitätsmanagement“ veröffentlicht und Umsetzungsvorschläge vorgestellt.

In der Region Bonn/Rhein-Sieg kommt erschwerend hinzu, dass die seit Jahren angekündigten Großbaustellen auf den Autobahnen immer näher rücken. Diese Tatsache war im Jahr 2017/2018 der Auslöser für die Erarbeitung des JOBWÄRTS-Programms. Die Diskussion um eine „Verkehrswende“ wurde zu dieser Zeit noch nicht so vehement geführt, so dass es zunächst dessen einziges Ziel war, sich auf die bevorstehenden Verkehrsbehinderungen vorzubereiten.

Die erste größere Ersatzbaumaßnahme ist inzwischen fest terminiert. Auch wenn diese die Bonner Bürgerinnen und Bürger noch mehr betrifft, werden auch die Pendlerinnen und Pendler aus dem Rhein-Sieg-Kreis ihre Erfahrungen damit machen müssen. Bei der Maßnahme handelt es sich um Arbeiten an der A 565 / B 56, den Ersatzneubau des sog. „Endenicher Ei“. Die Vorabmaßnahme - Verstärkung der Stützwände – ist für den Zeitraum Januar bis Mai 2023 geplant, der Baubeginn des Ersatzneubaus für den August 2023. Die Bauzeit für die Gesamtmaßnahme ist derzeit auf 3,7 Jahren veranschlagt.

Neben dem systematischen Ausbau des ÖPNVs im Rhein-Sieg-Kreis im letzten Jahrzehnt, dem fortwährenden Engagement für die Verbesserung der Radinfrastruktur und verschiedener anderer Teilelemente (wie z.B. das Fahrradmietsystem) gilt es immer noch an der Veränderung der Mobilitätsroutinen zu arbeiten. Hierunter fällt z.B. das Zurücklegen des Arbeitsweges mit dem ÖPNV oder dem Pedelec statt mit dem Auto oder zumindest eine Veränderung der Reiseketten oder Reisezeiträume.

Zielgruppe des JOBWÄRTS-Programms sind die Unternehmen, Institutionen, Organisationen und Behörden in ihrer Eigenschaft als Arbeitgebende und damit als Verursacher von Arbeitswegen und Dienstwegen. Neben den inzwischen in der Region relativ bekannten Mobilitätsanalysen, den Mobilitätswochen und der Wirkungsmessung zeigt sich inzwischen auch, dass die Vernetzung der Arbeitgebenden mit dem Fokus auf Mobilität und Erreichbarkeit an Bedeutung gewinnt. Die ausgewählten Ansätze der beteiligten Einrichtungen sind oftmals unterschiedlich, so dass der eine von den Erfahrungen des anderen profitiert.

Nachdem zunächst die großen Arbeitgebenden im Fokus standen, müssen nun sukzessive alle Arbeitgebende aus der Region – egal ob groß oder klein – durch das JOBWÄRTS-Programm erreicht werden. Kernelement wird die Hilfestellungen bei allen Fragen zur Mobilität werden müssen, da kleinere Arbeitgebende diese alleine regelmäßig nicht bewältigen können.

Im Idealfall profitieren Arbeitgebende durch

- Kosteneinsparungen (z.B. bei dienstlicher Mobilität und Bereitstellung von Mitarbeitenden-Parkplätzen)
- Erhöhung der Mitarbeitendenmotivation
- Imagegewinn, Mitarbeitendenbindung
- Verringerung von Krankheitskosten
- Reduzierung von Umweltbelastungen

Die Beschäftigten durch

- Kostenersparnis auf dem Arbeitsweg
- Verbesserung der Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes
- Bewegungsförderung und Gesundheitsprävention

Die Allgemeinheit durch

- Verbesserung der Verkehrssituation
- Reduzierung der Umweltbelastungen
- Verringerung des MIV
- Förderung der örtlichen Wirtschaft

Mit dem Ansatz des JOBWÄRTS-Programms befindet man sich sowohl im Fachgebiet der integrierten Verkehrsplanung als auch im Bereich der Verhaltenspsychologie. Bereits im März 2022 hat Herr Prof. Bruns als Leiter der interdisziplinären Fachgruppe Mobilitätsmanagement an der Hochschule RheinMain die ersten Ergebnisse der Wirkungsmessung des JOBWÄRTS-Programms für 15 Arbeitgebende mit rd. 27.000 Beschäftigten im Ausschuss für Planung und Verkehr vorgestellt. Die Auswertung und Beurteilung mussten noch unter den Eindrücken der Covid-19-Pandemie durchgeführt werden.

Er stellte u.a. dar, dass die Fahrten im motorisierten Individualverkehr um 1.052/Tag reduziert wurden, aber auch – Covid-19-bedingt – 899 Fahrten im MIV dazu gekommen sind. Zudem waren die Effekte des Home-Office im Verkehrsgeschehen eindeutig zu erkennen. Die Verlagerung von Bürotätigkeiten aus Verwaltungen und Firmen in das Home-Office war bereits im Jahr 2017/18 einer der Ansätze aus dem grundsätzlichen Konzept zum Mobilitätsmanagement in der Region Bonn/Rhein-Sieg. Für die Zukunft sind aber auch die potenziell Umsteigenden besonders wichtig, insbesondere das kurz- und mittelfristige Potenzial: Bei den damals von ihm betrachteten Arbeitgebenden planten ca. 1.900 Personen konkret einen Umstieg und ca. 2.500 Personen konnten binnen 1-2 Jahren erreicht werden.

Inzwischen liegen nun die Auswertungen – hochgerechnet auf eine Grundgesamtheit von rd. 71.000 Beschäftigten der am JOBWÄRTS-Programm teilnehmenden 42 Arbeitgebenden – vor. Danach sind bereits 4.400 Personen auf das Rad und den ÖPNV umgestiegen und für die kommenden 1-2 Jahre wurden 9.100 potentielle Umsteiger ermittelt.

Auf diesen Zahlen lässt sich aufbauen. Nicht unerwähnt sollte dabei bleiben, dass im JOBWÄRTS-Programm im Verhältnis mehr Umsteiger (vom Auto auf den Umweltverbund) gewonnen wurden, als durch das 9-Euro-Ticket in den Monaten Juni, Juli und August 2022.

Im Auftrag

gez. Hahlen

Haushalt:

I. **Haushaltsmittel sind veranschlagt bei:**

0.04.10

(Produktnr. bzw. Projektnr.)

II. **Ressourcenverbrauch (nur soweit nicht in Haushaltsplanung berücksichtigt):**

Personal:

	Vollzeitäquivalente p.a.
Personalbedarf	
Personaleinsparung	

Finanzen:

<u>konsumtiv</u> in € pro Jahr (sofern dauerhaft) bzw. pro Projekt	Aufwendungen			
Personalaufwand				
Transferaufwand				
sonstiger Aufwand				
Abschreibungen		Erträge (negatives Vorzeichen)	Saldo	Zeitraum (ab...) (von...bis...)
Gesamt:				

<u>investiv</u> in € pro Maßnahme	Auszahlungen	Einzahlungen (negatives Vorzeichen)	Saldo	Umsetzungs- zeitraum (von...bis...)
Baumaßnahmen/ Beschaffung				
Grunderwerb				
Gesamt				

☐ Deckung ist innerhalb des Budgets gegeben

☐ Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel ist erforderlich